

Zum 45. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers (30. Januar 1933)

Autor(en): **Scheuer, Georg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 2

PDF erstellt am: **10.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347514>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zum 45. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers (30. Januar 1933)

An diesem Abend hatte der Rundfunksprecher plötzlich eine andere Stimme. Nicht ruhig und scheinbar neutral wie sonst, sondern hysterisch. Im Hintergrund hörte man das Toben von Besessenen. Fernsehen gab es noch nicht. Aber wir glaubten, die wogenden Massen zu sehen, die mit brennenden Fackeln an der Triumphtribüne vorbeizogen. In den Lärm der marschierenden Stiefel mischten sich Kriegsgesänge und Sprechchöre.

Mit diesem Dekor und Geräuschkulisse wurde am 30. Januar 1933 Adolf Hitler auf völlig legale Weise Reichskanzler der Weimarer Republik. Deutschlands Staatsoberhaupt, Marschall Hindenburg, ein Jahr vorher hauptsächlich mit den Stimmen der SPD und des Zentrums zum Reichspräsidenten gewählt, hatte also den Führer der NSDAP mit der Bildung einer «Präsidialregierung» beauftragt¹. Dieser Schritt des Reichspräsidenten kam für einen Grossteil der öffentlichen Meinung überraschend, denn Hindenburg galt als Mann der konservativen Mitte und gemässigten Rechten, und andererseits hatte die Hitler-Partei in den vorhergehenden Reichstagswahlen zwei Millionen Stimmen verloren.

Hindenburg und Hitler gingen zunächst behutsam vor. Man verhandelte mit dem Zentrum und mit der Bayerischen Volkspartei über eine Regierungsbeteiligung. Mehrere Minister dieser ersten Hitler-Regierung waren keine Mitglieder der Nazipartei. So Vizekanzler von Papen, Aussenminister von Neurath, Kriegsminister von Blomberg, Wirtschaftsminister Hugenberg. Diese «Überparteilichkeit» war freilich nur die Fassade, Hitler fürchtete noch ernste Widerstände von links und aus der Mitte. Der braune Terror war noch nicht voll entfesselt, die Gleichschaltung hatte noch nicht begonnen. In dieser Sicht wurde das Innenministerium sofort dem waschechten Nazi Frick übergeben. Ausserdem war Göring eine entscheidende Schlüsselfigur der neuen Regierung.

Vier Wochen ungenützte Galgenfrist

Vom Regierungsantritt Hitlers am 30. Januar bis zur Reichstagsbrandprovokation am 27. Februar verliefen vier Wochen, in denen Deutschlands Linksparteien und Gewerkschaften noch handlungsfähig waren, aber nicht handelten, sondern sich hauptsächlich auf Worte beschränkten und die weiteren Schritte des noch nicht sattelfesten Naziregimes abwarteten. Diese merkwürdige Lähmung der deutschen Linken hatte tiefe Wurzeln und

¹ Marschall Hindenburg hatte am 10. April 1932 in direkter Volkswahl 53 Prozent erhalten. In der gleichen Wahl bekam Hitler 36,8 Prozent und Thälmann (KPD) 10,2 Prozent.

unterstreicht das Ausmass der politischen Katastrophe des Jahres 1933.

Die Führungen der Linksparteien und Gewerkschaften glaubten offensichtlich, sie könnten durch Wohlverhalten oder Abbremsung ausserparlamentarischer Massenaktionen Reste legaler Bewegungsfreiheit bewahren. In Wirklichkeit erreichten sie durch ihre Passivität das Gegenteil. Die braunen Machthaber wurden damit erst recht zur Repression ermuntert.

In der ersten Sitzung der neuen Reichsregierung hatte sich Hitler noch gegen ein sofortiges KPD-Verbot ausgesprochen, in der Befürchtung, dass dies einen Generalstreik und schwere Unruhen hervorrufen könnte. Die neuen Machthaber waren sich ihrer Sache noch keineswegs sicher und rechneten mit der Möglichkeit eines Bürgerkrieges. Die Erinnerung an die Jahre 1918 bis 1920 war noch nicht verblasst.

Die Führungen der grossen Linksparteien verharren jedoch in ihrem Zwist und lehnten weiterhin jeden wirklichen Schritt zur Verständigung über gemeinsame Aktionen ab. Ein ritueller Generalstreikaufruf der KPD blieb auf dem Papier, weil SPD und ADGB von vornherein ihre Unterstützung versagten. Mehr oder weniger spontane antifaschistische Demonstrationen in mehreren Grossstädten beschränkten sich auf Verbalproteste. Der «Vorwärts», Zentralorgan der SPD, betonte noch am Abend des 30. Januar, die SPD verbleibe «auf dem Boden der Verfassung und der Gesetzlichkeit» und werde «nicht den ersten Schritt von diesem Boden tun». Dass die rechtskonservativ-nationalsozialistische Koalition längst entschlossen und imstande war, die parlamentarische Demokratie mit formal-verfassungsmässigen Methoden zu liquidieren, wurde ignoriert.

So beschränkten sich SPD, KPD und ADGB in den kostbaren Februarwochen 1933, als sie noch über ein gewisses Mass von Organisation und Presse verfügten, auf Wortgefechte. Sie sprachen immer wieder von «Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äussersten Kräfte» und warnten gleichzeitig linksoppositionelle Minderheiten vor «undiszipliniertem Vorgehen» oder «eigenmächtigem Handeln». Immer wieder ermahnten sie ihre Mitgliedermassen zu «kühlem Blut und Besonnenheit» und sahen die grösste Gefahr in «voreiligen und daher schädlichen Einzelaktionen».

Die Gewerkschaftsführer versicherten dem Parteivorstand der SPD: «Wenn ihr ruft, sind wir da.» Aber niemand rief. Gewerkschaftsboss Leipart am 31. Januar: «Organisation – nicht Demonstration ist die Parole der Stunde.»

Dennoch versammelten sich am 7. Februar noch 200 000 Sozialdemokraten im Berliner Lustgarten. Hierzu kommentierte und prophezeite der «Vorwärts»: «Berlin ist nicht Rom, Hitler ist nicht Mussolini. Berlin wird niemals die Hauptstadt eines Faschistenreiches werden. Berlin bleibt rot.»

Die Führungsgremien der Linken behaupteten oder redeten sich ein, dass Hitler jedenfalls «bald abwirtschaften» werde.

Das ZK der KPD veröffentlichte Anfang Februar einen der seit Jahren häufig wiederholten «Einheitsfrontaufrufe», mit welchem der Einfluss der

SPD in der Arbeiterklasse «liquidiert» werden sollte. An eine wirkliche Verständigung der Linken wurde nicht gedacht.

Ein Vorschlag des «Vorwärts»-Chefredaktors Stampfer in einem Offenen Brief am 12. Februar an die KPD, wenigstens einen «Nichtangriffspakt» der Linken zu schliessen, wurde von dieser sofort abgelehnt. Pieck bestätigte dies auf der letzten KPD-Massenkundgebung am 24. Februar. Auch ein «Offener Brief» Thälmanns an die sozialdemokratischen Arbeiter am 27. Februar (wenige Stunden vor dem Reichstagsbrand) ging über das Ritual der sogenannten «Einheitsfront von unten» nicht hinaus und war hauptsächlich als Alibi für die Archive bestimmt.

Unter diesen Umständen entschloss sich die Hitler-Regierung zum nächsten Schritt. Da ein aktiver Widerstand der Linken nicht zu befürchten war, konnte nunmehr die kalte und systematische Repression eingeleitet werden. Am 17. Februar verpflichtete Göring alle teilweise noch von Sozialdemokraten durchsetzten Polizeibehörden zur direkten Zusammenarbeit mit SA, SS und Stahlhelm und zur eindeutigen Frontstellung gegen links. Gezielter Schusswaffengebrauch wurde empfohlen. Die Gewerkschaftsführung beschränkte sich daraufhin in einem Schreiben an Hindenburg mit einem lauen Protest gegen den Schiesserlass, der «den Lebensformen eines Kulturvolkes» widerspreche.

Dies reizte die Nazis nur zu Hohn und verstärktem Polizeiterror. Am 22. Februar verfügte Göring durch einen weiteren Erlass die Einsetzung von SA und SS als Hilfspolizei. Zugleich wurden 22 von 32 Obersten der Schupo verabschiedet und durch Nazis ersetzt.

Alle praktischen Vorbereitungen für eine massive Repression waren nun getroffen. Das Startsignal wurde mit dem brennenden Reichstag gegeben.

Trotz dem nunmehr einsetzenden staatlichen Terror erhielten die Linksparteien einige Tage später in den letzten Reichstagswahlen am 5. März immer noch 12 Millionen Stimmen (SPD 7,1 Millionen = 120 Mandate, KPD 4,7 Millionen = 81 Mandate). Die NSDAP erzielte 17,3 Millionen = 288 Mandate und erreichte damit 43,7 Prozent, also auch diesmal nicht die absolute Mehrheit.

Die KPD-Reichstagsmandate wurden von der Hitler-Regierung sofort kassiert, die SPD-Mandate drei Monate später. Bald darauf wurden auch die konservativen Komplizen ausgeschaltet.

Hitlers Machtergreifung war also, wie man sieht, kein Pinochet-Putsch bei Nacht und Nebel, kein plötzlicher, unerwarteter Überfall, sondern eine systematisch vorbereitete und etappenweise durchgeführte Operation.

Drei Warnschüsse verhallten

Drei Parlamentswahlen hatten dieses Ereignis seit zweieinhalb Jahren überdeutlich und dramatisch angekündigt.

Der erste Donnerschlag erfolgte am 14. September 1930. Bis zu diesem

Tag hatten Nazis nur 3,7 Prozent der Stimmen! Sie wären im Reichstag überhaupt nicht vertreten gewesen, wenn es beispielsweise die Fünfprozentklausel gegeben hätte. So hatten sie 12 von insgesamt 491 Abgeordneten. Dies entsprach ihren 810 127 Stimmen von 30 Millionen Wählern.

Am 14. September 1930 änderte sich das schlagartig. Die NSDAP sprang auf 6 406 397 Stimmen und erhielt 107 Reichstagssitze, veracht-fachte also ihre Wählerzahl und verneunfachte ihre Mandate. Vorher eine der damals zahlreichen Miniparteien, wurde sie nun nach der SPD (8 575 343 Stimmen, 143 Abgeordnete) die zweitstärkste Partei. Es folgte an dritter Stelle die KPD (4 590 179 Stimmen, 77 Mandate) und dann das Zentrum (4 126 983 Stimmen, 68 Mandate).

Der zweite Schlag erfolgte am 31. Juli 1932. Die Nazis erhielten nun 37,8 Prozent und 230 Mandate und wurden damit zur stärksten Partei. SPD und KPD hatten zusammen immerhin noch 35,1 Prozent und 222 Mandate (133 Sozialdemokraten und 89 Kommunisten). Von der absoluten Mehrheit war die NSDAP also noch entfernt; selbst im Bündnis mit der rechtskonservativen Deutschnationalen Volkspartei erreichte sie als sogenannte «Nationale Opposition» nur 43,9 Prozent.

Im November des gleichen Jahres wurde nochmals gewählt. Bei dieser Gelegenheit verloren die Nazis 2 Millionen Stimmen und 34 Mandate, hatten im neuen Reichstag also nur noch 196 Sitze. Die SPD behielt trotz einiger Verluste 121 Mandate, und die KPD stieg von 89 auf 100. Zusammen hatten die beiden Linksparteien also im neuen und letzten Reichstag der Weimarer Republik mehr Mandate als die NSDAP.

Trotz dieses Wahlausgangs und wahrscheinlich gerade wegen des beginnenden Zurückflutens der braunen Welle, die damals ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde Hitler zehn Wochen später zum Reichskanzler ernannt.

Ursachen und Folgen

Als Motoren der braunen Flut nennt man gemeinhin die von kapitalkräftigen Kreisen gespeiste Propaganda, die Wirtschaftskrise, die Massenarbeitslosigkeit und die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung.

Diese Erklärungen sind aber unzureichend. Tatsächlich war für den eigentlichen *Aufschwung* der NSDAP ab 1929 die Massenarbeitslosigkeit ausschlaggebend, für die widerstandslose Machtübernahme 1933 schliesslich die direkte Schützenhilfe der konservativen Kräfte und die kampflose Kapitulation der Linksparteien und der Gewerkschaften.

Zur *Entstehung* des «Nationalsozialismus» als besondere Form eines Rechtsradikalismus mit erstmalig sozialistischen Phrasen hatten aber schon seit 1919 drei ineinandergreifende Ereignisse entscheidend beigetragen:

- die Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg und das harte «Diktat» des Friedensvertrages von Versailles;

- die bolschewistische Machtergreifung in Russland 1917 und
- die gescheiterte soziale Revolution 1918/19 in Deutschland.

Erst diese Ursachenreihen zusammen ermöglichten die Entstehung eines deutschen «Nationalsozialismus», zum Teil auch mit nationalbolschewistischen Akzenten. Eine «normale» und «herkömmliche» nationalistische Reaktion war nach der militärischen Niederlage Deutschlands und dem «Diktat» von Versailles jedenfalls zu erwarten und äusserte sich auch tatsächlich in einer Reihe von national-konservativen Parteien und Gruppen. Die besondere revolutionär-sozialistische Stimmung und Sehnsucht breiter Massen nach dem Zusammenbruch der Monarchien in Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn gab darüber hinaus einem Teil der nationalistischen Reaktion in Deutschland die «Idee», dieser psychologischen Umgebung Rechnung zu tragen und den reaktionären Nationalismus mit revolutionären, sozialistischen und betont arbeiterfreundlichen bzw. antikapitalistischen und antifeudalen Phrasen zu verbrämen. Dies ist der unmittelbare Hintergrund für die Entstehung und den schliesslichen Erfolg der *National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei*.

Mit den soeben unterstrichenen Adjektiven und der damit verbundenen Agitation und Propaganda unterschied sich die NSDAP augenfällig von allen anderen reaktionären Parteien und warb von Anfang an unter den arbeitenden und arbeitslosen Schichten, Proletariern und verelendeten Mittelschichten, die ursprünglich von den «marxistischen» Parteien angesprochen wurden und eben diesen abspenstig gemacht werden sollten.

Dieses wesentliche Merkmal der NSDAP wurde aus naheliegenden propagandistischen Gründen von linker Seite zumeist bagatellisiert, verwischt oder geleugnet, war aber in Wirklichkeit von ausschlaggebender Bedeutung. Wenn die Hitler-Partei in den zwanziger Jahren auf ihre besondere sozialistische und Arbeiter-Etikette verzichtet und sich beispielsweise NDP genannt hätte, wäre es ihr nie gelungen, Millionen arbeitende Menschen und Arbeitslose zu gewinnen; sie wäre wie Hugenberg's Deutsche nationale eine Zwergpartei geblieben.

Die russische Oktoberrevolution 1917 und die deutsche Novemberrevolution 1918 hatten gewaltige sozialistische Sehnsucht und Hoffnungen geweckt, aber nicht erfüllt; hier knüpfte die NS-Propaganda an.

Dieser Aspekt lieferte die Grundlage für die mehrmalige Zusammenarbeit zwischen KPD und NSDAP – parallel zu dem blutigen Kleinkrieg zwischen den Nazis und den Kommunisten mit zahlreichen Todesopfern – in Volksentscheiden, Massenstreiks und Einheitsfront mit radikalen Phrasen von einer «nationalen und sozialen Revolution» gegen das von den westlichen Siegermächten auferlegte «Joch» und gegen die «Systemparteien» SPD und Zentrum.

Aber auch die Sozialdemokratie war mit diesem Aspekt konfrontiert. Auf dem letzten SPD-Parteitag vor Hitlers Machtergreifung (Leipzig 1931) bekannte Fritz Tarnow im Hauptreferat, dass «zum erstenmal in

der politischen Geschichte eine grosse Bewegung mit erheblichen Massen von Proletariern und proletarischen Mittelschichten gegen uns politisch ins Feld geführt werden kann. Aber diese Massen, die sich unter dem Hakenkreuz versammelt haben, sind wahrhaftig alles andere als Preiskämpfer für den Kapitalismus. Im Gegenteil. Sie sind in Bewegung gesetzt worden für die radikalsten antikapitalistischen Parolen und Phrasen.»

Der 30. Januar überraschte die deutsche Demokratie und Arbeiterbewegung in einem Zustand der politischen Spaltung und geistigen Verwirrung. Die SPD war schon seit dem 4. August 1914 zu kühnen Entschlüssen – und sei es auch nur aus Selbsterhaltungstrieb – nicht mehr fähig. In ähnlichem Zustand befanden sich die Gewerkschaftsapparate. Die KPD war ein willenloses Werkzeug der Stalin-Bürokratie, die ein reaktionär stabilisiertes Deutschland revolutionären Erschütterungen vorzog. Linkssozialistische und linkskommunistische Minderheiten hatten weitgehend durch Parteidisziplin gebundene Hände. Warum – so lautet eine letzte Frage, die man sich stellen kann – gab es aber keine spontane Initiativen von unten her wie ein Jahr später im österreichischen Februar 1934 – der erste bewaffnete Widerstand gegen den Faschismus in Europa – und dann in Spanien. Deutsche Disziplin! Millionen Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten warteten in Deutschland im Februar 1933 auf Weisungen, die nicht kamen.

Heute weiss man, dass Hitlers Machtergreifung und Machtausübung keineswegs das Zufallsprodukt einer Berliner Intrige waren, sondern seit geraumer Zeit zwecks Verhinderung einer sozialrevolutionären Explosion und zur Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo in Deutschland und damit im industriellen Herzen Europas vom gesamten internationalen «Establishment» der dreissiger Jahre (einschliesslich Stalin-Russland) gewünscht, begünstigt oder geduldet wurde; natürlich unter der Voraussetzung, dass sich die faschistischen Machthaber auf deutsche Innenpolitik beschränken und nicht andere Länder überfallen. Hätten sich Hitler und Mussolini an diese letzte Bedingung gehalten, wären sie möglicherweise ebenso wie Franco und Salazar als gefeierte Diktatoren an Altersschwäche gestorben.